

Bezugspreis: Vierteljahr 36.- M., monatlich 12.- M. frei ins Haus, portofrei...

Anzeigenpreis: Die neuangelegte Kompartimentszeile kostet 6.- M. Kleinanzeigen...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 17. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Knappes Mehrheits des Bürgerblocks?

Die SPD. stärkste Partei im Stadtparlament.

Das Gesamtwahlergebnis.

(Es fehlen noch 5 Abteilungen.)

Abgegebene Stimmen 1 657 738.

SPD. 343 947, USP. 318 206, APD. 157 013, Dem. 122 623, Dnat. Vp. 299 800, Dsch. Soj. 12 588, Dt. Vp. 255 962, Wirtsch. Vg. 83 531, J. 61 249.

WZB. teilt folgendes nichtamtliches, bis 1 Uhr nachts festgestelltes Gesamtergebnis mit: 815 000 sozialistische und 835 000 bürgerliche Stimmen.

(Einzelergebnisse siehe dritte Seite.)

Der Kampf, der gestern um die Nacht über die Hauptstadt des Reiches ausgefochten wurde, war hart. Noch in später Abendstunde war keine Klarheit darüber zu erlangen...

In früheren Zeiten hätte kein Mensch daran gezweifelt, daß die Sozialdemokratie wenn irgendwo, dann in Berlin unter einem ehrlichen gleichen Wahlrecht die überwältigende Mehrheit erreichen würde.

Zunächst deshalb, weil es damals eine einzige Sozialdemokratie gab, die heute nicht mehr existiert. Heute haben wir an ihrer Stelle zwei sozialistische Parteien und eine sog. „kommunistische“.

Zum zweiten: In alter Zeit waren Kämpfe um die Mehrheit vorwiegend Meinungskämpfe, nicht Machtkämpfe. Das Bürgertum konnte leichter ertragen, daß von 8 Reichstagsabgeordneten 6 oder 7 Sozialdemokraten waren...

Jetzt kann man aber auch nicht wie früher Einfluß gewinnen, indem man Kritik an der Macht übt und den Glauben erweckt, man könnte durch eigene Machtergreifung zu irgendeinem späteren, unbestimmten Zeitpunkt Wunder wirken.

Von der wachsenden Einsicht der Arbeiterkreise, daß die veränderten Verhältnisse auch in diesem Sinne neue Methoden fordern, hängt die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in Berlin und Erhaltung oder Verlust ihrer Machtstellung ab.

Für die Stärke des Bürgertums in Berlin zeugt aber noch ein anderer Umstand. Vor uns liegen die Berliner Morgenblätter vom Sonntag: fortirt man die nach der Parteistellung, so gibt das einen gewaltigen Stoß auf der einen Seite, ein kleines Häuflein auf der anderen.

Damit sind die Gründe, aus denen sich die Stärkung der bürgerlichen Parteien ergibt, in ihren Hauptzügen dargelegt. Den Rechtsparteien kam außerdem zweifellos die Erregung über die Teilung Oberschlesiens zu Hilfe.

Partei zuwenden, die dem deutschen Entsetzen und der deutschen Bestürzung den auffälligsten Ausdruck verleihen. Die Ententepolitik hat sich wieder einmal als die nie versagende Helferin der deutschen Reaktion erwiesen.

Erst nach Mitternacht wurde bekannt, daß die bürgerlichen Parteien eine knappe Mehrheit errungen haben. Da die Berechnung der Reststimmen noch ausstand, war eine Verschiebung immer noch möglich.

Die sozialistischen Parteien werden aber immer noch stark genug sein, um ein Hinübergleiten der Kommunalpolitik in ein reaktionäres und kapitalistisches Fahrwasser zu verhindern.

Die Sozialdemokratie hat gegenüber den Juniwahlen des vorigen Jahres eine starke Zunahme zu verzeichnen. Auf der anderen Seite haben die Unabhängigen nicht nur infolge der seitdem eingetretenen Spaltung einen Teil ihres Wählerbestandes an die Kommunisten abgeben müssen...

Unabhängigen allein am 20. Juni 1920. Damit ist klar erwiesen, daß die positive, aufbauende Arbeit der Sozialdemokratie steigenden Anlauf findet.

Wir sagen das nicht, um in allen Wunden zu wühlen, sondern weil nur die Erkenntnis der Wahrheit eine Besserung herbeiführen kann. Den guten Willen der von uns getrennten Genossen, der Sache des Sozialismus zu dienen, zweifeln wir nicht an, aber bei ruhiger Erwägung werden sie sich selber sagen müssen, daß ihnen die Sozialdemokratie in der Voraussetzung der kommenden Entwicklung, in ihrem Blick für die gegebenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Kampfes überlegen war.

Die Sozialdemokratie ist, wie bereits bei der Preußenwahl im Februar d. J., wieder die stärkste Partei in Groß-Berlin. Einst war sie stärker als alle bürgerlichen Parteien zusammen. So spiegelt das Gesamtergebnis der Wahl Abstieg und Aufstieg zugleich.

Balfours Verteidigung.

London, 15. Oktober. (WZB.) In seiner heutigen Ansprache an die Pressevertreter erklärte Balfour über die Entscheidung des Völkerbundes bezüglich Oberschlesiens folgendes: Die oberste Frage sei vom Obersten Rat dem Völkerbunde übergeben worden, da der Oberste Rat zu keiner Entscheidung kommen konnte...

ob richtig oder falsch, auf alle Fälle einstimmig

sei und von allen seinen Kollegen und von ihm selbst als die beste Lösung eines schwierigen Problems angenommen worden sei. Balfour erklärte weiter, er erfahre, daß in einigen ausländischen Blättern das Gerücht verbreitet wurde, daß der Völkerbund und dessen Vertreter, die Mitglieder des Völkerbundes, nur die Puppen der verschiedenen Regierungen seien...

Bei der Heranbeziehung der Schwierigkeiten des oberstschlesischen Problems erklärte Balfour, der Friedensvertrag habe in nicht mißzuverstehenden Worten festgelegt, daß die Grundlage der Teilung Oberschlesiens soweit als möglich mit den Wünschen der Bevölkerung übereinstimmen müsse, daß jedoch die industriellen Verhältnisse in Betracht gezogen werden müßten.

daß sie zusammenarbeiten müßten

und sie arbeiten auch zusammen. Er hoffe, daß der Geist, der die Tschechoslowaken und die Polen in Teschen besitze, auch die Deutschen und die Polen in Oberschlesien erfüllen werde. Es könne gefragt werden, ob es der Mühe wert sei, so sorgfältige Vorkehrungen zu treffen, durch die die wirtschaftlichen Interessen des Gebietes gewahrt werden könnten, und ob es nicht einfacher gewesen wäre, das zu tun, was die „großen Autoritäten“ wünschten, nämlich das Ganze entweder den Polen im Osten oder den Tschechen im Westen zu übergeben.

Wie er vernehme, herrsche in Deutschland heftiger Unwille. Die Deutschen schienen zu denken, daß ihre Interessen in dieser Frage so äußerst vernachlässigt worden und ihre Rechte so offenkundig unberücksichtigt geblieben seien, daß sie vom Moralitätsstandpunkt und vom Gesichtspunkt nationaler Zweckmäßigkeit gesehen berechtigt sein würden, ihr Bestes zu tun, um den ganzen Plan zum Scheitern zu bringen.

Er könne sich keine Politik denken, die selbstmörderischer wäre. Balfour wies darauf hin, daß der Völkerbund vorgeschlagen habe, daß für einen Zeitraum von 15 Jahren die sorgfältigsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien, damit den deutschen Industrien nichts gelche. Es sei eine Methode vorgegeben, durch die die Eisenbahn innerhalb des Gebiets und alle Bergwerke, Hochöfen und Fabriken unter ihrem augenblicklichen Besitzern bleiben würden.

Balfour erklärte zum Schluß: Ich kann nur persönlich die ernste Hoffnung ausdrücken, daß das deutsche Volk und das polnische in jedem Falle die Aufrichtigkeit, die Einfachheit und von ihrem eigenen Standpunkt aus gesehen, die Klugheit zeigen werden, zu erkennen, daß wenigstens ein erster Versuch unternommen wurde, um die Bestimmungen des Friedensvertrages in fairer Weise und voll auszuführen. Ich erlaube die Deutschen und die Polen keineswegs zu denken, daß in diesem Industriegebiet keinerlei Ungelegenheit erzeugt werden wird, aber ich erlaube sie und insbesondere die Deutschen, sich zu überlegen, was ihre Lage gewesen wäre, wenn wir uns nur damit begnügt hätten, die Linie zu ziehen und zwar die beste Linie, die wir gemäß der Verteilung der Bevölkerung ziehen konnten. Balfour wiederholte, daß die industriellen Anstrengungen Deutschlands anerkannt und in Oberschlesien gesichert worden seien. Es sei für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenzlinie gesorgt worden, und man habe eine Maschinenfabrik gegründet, um den gegenseitigen Verkehr zwischen den beiden Hälften Oberschlesiens zu fördern. Der Völkerbundrat habe den aufrichtigen Wunsch gehabt, nach bestem Können die Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen. Der Völkerbundrat erwarte keine Dankbarkeit für seine Arbeit, er hoffe jedoch, daß mit der Zeit in dem geteilten ober-schlesischen Gebiet der Geist des Mißtrauens beseitigt werde.

#### Noch immer Unstimmigkeiten zwischen Paris und London.

Paris, 16. Oktober. (W.T.B.) In einem Bericht über die diplomatische Lage beschäftigt sich Havas mit den Einzelheiten, die in der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz noch nicht geregelt wurden. Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß die Lösung von Genf

#### ein unteilbares Ganzes

darstelle. Die Grenzziehung müsse notwendigerweise zu gleicher Zeit mit dem provisorischen Regime wirtschaftlicher Anpassung erfolgen. Wenn auch der Vertrag den Alliierten das Recht gebe, den beiden Staaten eine territoriale Trennung in Oberschlesien aufzuzwingen, so sei es ihnen nicht gestattet, diesen beiden Staaten diese oder jene politische oder wirtschaftliche Konvention aufzuzwingen. Der Abschluß eines derartigen Abkommens betreffe nur Polen und Deutschland, die in voller Unabhängigkeit entscheiden müßten. Die englischen Vertreter fragten deshalb, was die Alliierten tun könnten, wenn eine der beiden Parteien sich weigern würde, die in Genf anempfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abzuschließen. Man scheine nach dieser Richtung in London hauptsächlich am guten Willen Polens zu zweifeln. Man frage ferner, ob denn eine Frage noch offen gelassen werden könne, die, wenn sie noch länger in der Schwebe bleibe, den Weltfrieden in Gefahr bringen würde. Von französischer Seite antwortete man hierauf: gewiß nicht, man erkläre jedoch, daß die Genfer Vorschläge zwei Teile enthalten, die sich ergänzen, die aber voneinander unabhängig seien. Der eine betreffe die Grenzabstimmung und könne Polen und Deutschland aufgezwungen werden, der andere das provisorische wirtschaftliche Regime, das nur anempfohlen werden könnte, weiter nichts, da der Vertrag den alliierten Mächten nicht gestatte, einen Zwang zur Annahme auszuüben.

Aus diesem Grunde schlage man in den französischen Kreisen folgendes Verfahren vor: Man benachrichtige Berlin und Warschau formell über die neue Grenzlinie. Nach Artikel 88 Absatz 6 seien die polnischen und die deutschen Behörden verpflichtet, im Laufe eines Monats nach Notifizierung die Verwaltung der zugesprochenen Gebiete zu übernehmen. Sei das geschehen, dann nehme die Befugnis der Interalliierten Oberkommission ein Ende. Es wäre dann wünschenswert, daß im Laufe dieses Monats Polen und Deutschland die vom Völkerbund anempfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abschließen. Zu diesem Zweck teile man ihnen die Vorschläge des Völkerbundes mit und die Botschafterkonferenz verpflichte die beiden Regierungen, sofort Bevollmächtigte zum Abschluß für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens notwendigen Abkommen zu ernennen. Warschau und Berlin sollten dann aufgefordert werden, auch ihre Delegierten für die gemischte Verwaltungskommission zu bestimmen, und der Völkerbund seinerseits werde unverzüglich den Präsidenten neutraler Nationalität für diese Kommission ernennen. Mit einem Wort, man appelliere an die Weisheit der beiden Völker, damit sie nach gemeinsamem Uebereinkommen das Uebergangsregime, das die neue Lage verlange, festlegten. Polen könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, da es nach Artikel 90 des Friedensvertrages die Verpflichtung übernommen habe, während der Dauer von 15 Jahren den Export von Bodenerzeugnissen der ihm übertragenen Gebiete

nach Deutschland zu gestatten. Durch die Lage der Dinge aber habe Deutschland ein Interesse daran, so wie vorgeschlagen zu verfahren. Von englischer Seite glaube man nicht, daß die wirtschaftlichen Abkommen innerhalb eines Monats geschlossen werden könnten. Aus diesem Grunde empfehle man, die Notifizierung der Grenze hinauszuschieben, um im vornherein die deutsch-polnischen wirtschaftlichen Verhandlungen vorzunehmen. Am kommenden Montag werde der französische Justiziar Fromageot der Botschafterkonferenz seine Beschlüsse über die der polnischen und der deutschen Regierung zu machende Mitteilung vorlegen.

#### Eine aufsehenerregende Kundgebung.

London, 15. Oktober. „Westminster Gazette“ veröffentlicht ein von Edo Jimmen, Hobson, Kenworthy, Conguet, Sir George Paish und Lord Parmor unterzeichnetes Schreiben, in dem diese als Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz, die in der letzten Woche hier tagte, versichern, die Völkerbündenscheidung in der ober-schlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der

#### Schwerste Schlag für die Aussichten auf den Frieden

und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Lloyd George habe im Unterhause am 20. Juli erklärt, daß es einen beträchtlichen Unterschied für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands machen würde, wenn das wichtige ober-schlesische Kohlengebiet aus Deutschland herausgerissen und Polen ausgehändigt würde. Die Unterzeichner des Schreibens erklären, es sei vollkommen klar, daß der jetzt drohende Verlust die Fortdauer der deutschen Zahlungen

#### in der augenblicklichen Höhe unmöglich

make. Die vorgeschlagene Grenzlinie spreche Polen die gesamten ober-schlesischen Zink-, Blei- und Eisenerze zu und annähernd neun Zehntel der ober-schlesischen Kohlenenerzeugung. Die Aussichten auf Frieden in Oberschlesien selbst, Aufrechterhaltung der Ordnung und einer demokratischen Regierung in Deutschland, der Erfolg der Washingtoner Konferenz und eines durch die Ausnahme Deutschlands gestärkten Völkerbundes scheine zerstückelt. Der Tag, an dem Deutschland unfähig sein werde, seine Reparationen zu bezahlen, sei viel näher gerückt worden.

Zum Schluß des Schreibens heißt es, niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerbundes weniger einverstanden sein, als die ober-schlesische Bevölkerung selbst, und zwar weder der deutsche noch der polnische Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden sollte, nur recht und billig sein, wenn

#### zugleich eine neue Abstimmung

vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhalte, zu wählen erstens zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zweitens einem ungeteilten deutschen Oberschlesien, drittens einem ungeteilten polnischen Oberschlesien, und viertens einem unabhängigen Oberschlesien unter Leitung des Völkerbundes.

#### Bürgerliche Krisenmacher.

Heute nachmittag findet eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses statt, der mit Recht große Bedeutung beigemessen wird. In ihr wird sich entscheiden, ob die Meinung der Sozialdemokraten und eines Teiles der Bürgerlichen Oberhand behält, nach der über das Bleiben oder Gehen des Kabinetts BIRTH der Reichstag selbst bestimmen soll, oder ob die Meinung jenes Teils der Bürgerlichen siegt, nach der das Kabinett gar nicht erst vor den Reichstag treten, sondern schon zuvor seine Demission geben soll.

Im ersten Fall ist es gewiß, daß das Kabinett BIRTH in den nächsten Tagen ein Vertrauensvotum erhalten und bleiben wird. Im zweiten Fall wird der Reichstag erst zusammentreten können, wenn die Regierung umgebildet oder neugebildet sein wird. Wann dies der Fall wäre, vermag dann niemand zu sagen, und ebensowenig läßt sich voraussagen, ob BIRTH und die sozialdemokratischen Minister dem neuen Kabinett angehören werden und ob überhaupt die Sozialdemokratie dann noch in der Regierung sein wird.

Sachlich wird die um- oder neugebildete Regierung wenigstens nach außen hin keine andere Politik treiben können, als BIRTH sie getrieben hat. Man spricht davon, daß nach dem Kabinett der „unbedingten Erfüllung“ ein Kabinett der „be-

dingten Erfüllung“ gebildet werden soll, aber diese Unterscheidung ist Unnütz. Auch die Politik BIRTHS ist oder war keine Politik der „unbedingten“ Erfüllung, die gibt es überhaupt nicht, sondern auch sie ist bedingt durch den Rechtsgrundsatz, daß niemand über sein Können hinaus verpflichtet werden kann. Jeder Versuch aber, die Erfüllungspolitik an andere Bedingungen zu knüpfen, würde an den bestehenden Machtverhältnissen scheitern und katastrophale Rückwirkungen herbeiführen.

Wollte jedoch eine neue Regierung, weil sie muß, genau so handeln wie die Regierung BIRTH gehandelt hat, ihre Handlungen aber durch nationalstische Redensarten zu verschleiern suchen, so könnte sie wohl dadurch innerpolitisch auf das Gefühl eingestellter Kreise für sich gewinnen, die auswärtige Lage Deutschlands würde sich aber dadurch ohne jeden Gegenwert verschlechtern.

Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie eine Veränderung des außenpolitischen Kurses nicht mitmachen kann. Soll sie herbeigeführt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß die Verantwortung für sie ausschließlich auf die Schultern derer fällt, die sie gewünscht haben. Ebenso kann die Sozialdemokratie auf keinen Fall einer Regierung angehören, die ihren innerpolitischen Kurs weiter nach rechts dreht. Lassen sich für eine Politik des verstärkten Schutzes der Republik und des sozialen Fortschritts neue zuverlässige Stützen gewinnen, so kann uns das nur recht sein. Eine nach rückwärts gerichtete Entwicklung wird die Sozialdemokratie auf keinen Fall mitmachen. Und ebensowenig ist von ihr zu erwarten, daß sie sich an einer Steuerpolitik beteiligen wird, die es unterläßt, für die Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reichs realistische Garantien zu bieten.

Auf keinen Fall soll man sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie werde, wenn die Not offenbar werde, schon wieder einspringen. Wenn durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien eine Notlage geschaffen wird, dann mögen sie auch die Mittel der Abhilfe schaffen. Wenn sie ein künstliches Labyrinth erzeugen, dann mögen sie auch den Ausweg finden. Wenn irgend jemand glauben sollte, die Sozialdemokratie als den Pudel behandeln zu dürfen, der gehoramt apportiert, was andere mutwillig ins Wasser geworfen haben, dann hat er seine Rechnung nicht nur ohne den BIRTH, sondern auch ohne die Sozialdemokratie gemacht.

Wie es heißt, haben die bürgerlichen Krisenpolitiker zwar noch keine neue Reichstagsmehrheit, aber schon einen neuen Reichstagskanzler. Er heißt Udenauer, ist Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender des preussischen Staatsrats und politisch rechtsgerichteter Zentrumsmann.

Die Monarchisten wollen BIRTH in die Wüste schießen, weil ein Stück Oberschlesien verloren gegangen ist. Aber die Feststellung des „Vorwärts“, daß die Monarchie und nicht die Republik, daß Ludendorff und nicht BIRTH die Schuld an diesem Verlust trägt, ist ihnen stark auf die Nerven gefallen. Zu diesem springenden Punkt der ganzen Angelegenheit äußert sich Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ äußerst behutsam. Er schreibt:

Der „Vorwärts“, dem man eine gewisse Genialität in der agitatorischen Ausgestaltung der jeweiligen Lage nicht absprechen kann, fand alsbald die richtige Wendung zu dem Thema, das ihm wichtiger ist als alles: Ludendorff und der Militarismus, das alte System und die nationalistischen Kreise trügen die Schuld an dem Verluste Oberschlesiens, also liege gar kein Anlaß vor, Herrn BIRTH deshalb in die Wüste zu schießen. Es gehört schon die ganze Verborttheit dazu, mit welcher die Sozialdemokratie die Unschuldigung der eigenen Volksgenossen betreibt, über die sie am 9. November auf der ganzen Linie gesiegt hat, um nicht zu sehen, daß es sich bei der Frage des Rücktritts gar nicht um Schuld und Sühne, sondern darum handelt, ob die bisherige Politik mit Erfolg fortgesetzt werden kann oder eine andere Politik andere Personen erfordert.

Nachdem uns die Monarchisten tagelang die Ohren vollgebrüllt haben, BIRTH, die Republik, die Revolution trügen Schuld an dem Verlust, wird auf einmal entdeckt, daß es sich gar nicht um die Schuldfrage handelt.

Arbeiterunruhen in Wien. Sonnabendabend kam es im Wiener Arbeiterviertel Favoriten zu neuen Demonstrationen von etwa 3000 Personen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und mußte 20 Verhaftungen vornehmen.

#### Unsere Hochschulen.

Von Prof. A. Forel, Zürich.

Man muß selbst Professor gewesen sein, um am besten die ganze Höhe oder besser den realen Tiefstand unserer Hochschulen, trotz ihres äußeren Nimbus, ermessen zu können. Nimbus und Macht berauschen meistens alle Menschen, und die Professoren sind eben Menschen wie die anderen.

Eine treffliche kleine Studie: „Das juristische Studium und seine Erneuerung“ von Dr. Fritz Dehnow, vormaligem Staatsanwaltschaftsrat (Konrad Hans Verlag D. W. B., Hamburg 8), illustriert die Sache bei der juristischen Fakultät. Bei der theologischen dürfte es kaum anders sein; wie kann man heute über einen metaphysischen unerkennbaren Gott eine „Logie“ einführen, ohne in einen Wortschwall zu geraten!

Das Sammelstudium genannt „philosophische Fakultät“ ist eher besser, ist aber so heterogen, daß seine „Fächer“ einer gründlichen Revision bedürfen. Weib die Medizin, der ich näherstehe und der ich hier einige Worte widmen möchte.

Die medizinische Fakultät bildet einen Zwitter zwischen wissenschaftlicher Forschung und einträglichem praktischen Beruf. Theoretisch sollte sie im Dienst der leidenden Menschheit stehen; praktisch beuten ihre Lehrer und Schüler öfters mehr oder weniger im Dienste Mammons die Kranken aus. Dies taten und tun noch die Hegenmeister der wilden Völker wie allermoderne Priester des Askulap; nur mit anderen Mitteln, die sie einer uneigennütigen Wissenschaft verdanken. Um dieses Uebel zu umgehen, bezahnten die Chinesen ihre Ärzte nur, so lange sie gesund sind; die Kranken müssen von den Ärzten unentgeltlich behandelt werden. Das hat aber auch gewisse Haken, so rationell die Sache angefaßt der erblichen menschlichen Natur an und für sich erscheint. Wie sieht es heute in unseren Kulturländern aus?

Bezeichnend ist ein Spruch, der an deutschen Hochschulen von Mund zu Mund ging:

„Halt! Wenn die Karriere geschlossen ist!“

Was heißt dieser spöttische Vergleich mit der Eisenbahnkarriere? Ein wichtiger Professor sagte, ein Privatdozent müsse mindestens jährlich einmal etwas Gedrucktes schreiben, gleich wie der Inhalt auch sei, um „anzukommen“, d. h. um Karriere zu machen, Professor zu werden. Fügen wir die offizielle Stufenleiter hinzu: Student, Korpsstudent, Privatdozent, Professor; oder: Adliger, Leutnant, Hauptmann, Major, Oberst, General; oder: Korpsstudent, Staatsbeamter, Beauftragter, Staatsminister. Dann wird man verstehen. So

hatte sich Bismarck seine Renouierung des Feudalismus\*) gedacht, die er so trefflich unter der Obhut des deutschen Kaisers ins Werk setzte. Er selbst fiel aber als Opfer seines modernisierten Feudalismus. Als „Schwimmer gegen den Menschheitsstrom“ richtete dieser bismarckische Versuch das ganze Deutsche Reich im Weltkrieg schließlich zugrunde.

Unbewußt hat somit Bismarck nach Orden und hohen Stellen triehende Sireber geschult, keine selbständig denkenden Menschen, und das hat sich in den Hochschulen gerächt. Leider waren die deutschen Hochschulen und ihr System fast überall tonangebend, während die geistige Zentralfaktion der französischen Hochschulen in Paris die letzteren schon früher mumifiziert hatte. Ueberall werden die allmächtigen Hochschullehrer mehr oder weniger aus Strebern zu Bonzen; die Ausnahmen sind dünn gesät. Mit Hilfe der Gedanken anderer schreibt man Aufsätze und Lehrbücher und wird Professor — alsdann: Halt, denn die Karriere ist geschlossen; man kann austreten oder gar ob und zu schwelgen. Kein Wunder, wenn dieses System Mittelmaßigkeiten züchtet, die aus Routine und Vorurteil leben und jede Reform von vornherein perhorreszieren. Eine ganze Reihe ehrlicher und tüchtiger Professoren muß aber ausgenommen werden; dies soll auch betont werden sowie, daß die oben angeführte Stufenleiter weder immer noch überall zutrifft.

Beispiele: Dre berühmte Professor Bilkroth sagte 1885 in Wien, man solle das Studium der Psychiatrie aus den medizinischen Studien entfernen! Mir selbst erklärte einst der berühmte Professor Kölliker: die Experimente Sudens (Nervenaustrichtung bei neugeborenen Tieren) seien nicht rein anatomisch, er könne sie in seinem Lehrbuch der Histologie nicht berücksichtigen. Und dennoch hatten jene Experimente zum erstenmal den anatomischen Sitz der Nervenkerne im Mittel- und Nachhirn endlich klar bewiesen. Da sie ebenfalls nicht „rein physiologisch“ waren, fanden sie meistens auch keinen Platz in physiologischen Lehrbüchern. So weit treiben es berühmte Professoren mit der Fachstempel! Der berühmte Psychologe Prof. Wundt hat den Hypnotismus ganz und gar mißverstanden und mißdeutet; lange Zeit ließ es in Deutschland: „Die deutsche Wissenschaft verhält sich ablehnend gegen den Hypnotismus.“ Als ob die Wissenschaft überhaupt ein Vaterland hätte und Tatsachen ablehnen dürste! Die Folge davon ist aber, daß der Hypnotismus, seitdem er im Jahre 1884 als Suggestio allgemein durch Bernheim bekannt wurde, soviel ich weiß, bis heute an keiner Hochschule der Welt gelehrt wird. In den Jahren 1888

\*) Siehe A. Forel: „Die Vereinigten Staaten der Erde“, Lausanne Schweiz 1914 bei Ernest Reytrequin, rue du Pont 11, Kap. XV (S. 95).

bis 1898 las ich selbst in Zürich einen Krusuf darüber, der jedoch von meinem Nachfolger nicht fortgesetzt wurde. Es ist allerdings richtig, daß die Behandlung mit Hypnose und mit Psychoanalyse viel Mühe erfordert und meistens weniger einträgt als Rezepte schreiben.

Doch genug Beispiele. Ich habe absichtlich nur sonst verdienstvolle und wirkliche Berühmtheiten erwähnt; die Region der anderen wäre zu groß. Auf der anderen Seite sind nur wenige bahnbrechende Entdecker neuer Gedanken Hochschullehrer gewesen, oder sie wurden erst nach ihren Entdeckungen zu Professoren ernannt. Charles Darwin, Frau Curie, Stephenson, Gutenberg, Paliss, Beethoven, Sokrates, Jesus Christus, Luther und Zwingli waren keine Professoren. R. Semon war nur außerordentlicher Professor und dankte als solcher ab.

Die Konkurrenz der Hochschulen miteinander frisst sie etwas auf, genügt aber durchaus nicht; die Reform muß viel tiefer greifen. Eine solche Reform hat bereits lange vor dem Weltkrieg in England und in Deutschland (Wien, Haubinda usw. mit Dr. Sieh) von unten an begonnen. Sie ist dann bereits bis zum Gymnasium (Schloß Wiberstein) hinaufgestiegen und greift langsam um sich; sie hat bereits glücklicherweise gewisse Volkshochschulen da und dort angestekt. Hoherhaben über alles bleiben jedoch die Hochschulen mit ihrem Eigendünkel von ihr unberührt. „Frei genug sind unsere Studenten“, behaupten sie stolz, „freier können sie nicht werden!“

Da frei genug sind sie, um zu saufen, zu huren, und um Renzuren auszuschicken! Aber in Ketten liegen sie vor alten feudalen Vorurteilen, sowie vor den heute noch allmächtigen Fachprofessoren, von welchen jeder nur sein eigenes Fach mit der Lupe vergrößert und die anderen Fächer unterschätzt, und vor deren affektiven Launen; in Ketten aus Angst vor den meistens auf reinem Gedächtnisraum beruhenden Prüfungen.

Das muß anders werden. Weg mit den Prüfungen durch Fachprofessoren. Weg mit dem Gedächtnis als Maßstab; die selbständige Urteilskraft muß vorangehen! Das Duell und das Saufen müssen verboten, d. h. in Acht und Bann getan werden. Man sollte zwar Präsenzlisten von den bei Vorlesungen und praktischen Kursen anwesenden männlichen und weiblichen Studenten aufstellen, aber nicht der Studenten, sondern der Lehrer wegen, um feststellen zu können, ob sie ihre Hörer anregen und wirklich belehren oder sie nur einschläfern. Im letzteren Falle ist das erste beste Lehrbuch besser als der Professor.

In Deutschösterreich hat der frühere Staatssekretär für Unterricht, Otto Glöckel, in den unteren Schulen eine glänzende Reform

# Die Einzelergebnisse der Berliner Wahlen.

## Die Ergebnisse in den Wahlkreisen.

(Die eingeklammerten Zahlen geben das Resultat der vorjährigen Stadtverordnetenwahlen an.)

1. Kreis: SPD. 24 423 (17 534), UEP. 20 651 (38 794), SPD. 10 265 (—), Dem. 11 860 (9897), Dnat. Sp. 27 915 (15 038), Dfch. Soz. 247 (—), Dt. Sp. 20 906 (20 908), Wirtfch. Bg. 6978 (4472), 3. 5692 (5015).
2. Kreis: SPD. 21 666 (16 171), UEP. 21 755 (41 102), SPD. 9216 (—), Dem. 11 522 (9948), Dnat. Sp. 31 750 (18 048), Dfch. Soz. 667, Dt. Sp. 22 440 (24 577), Wirtfch. Bg. 6890 (4485), 3. 5336 (6129).
3. Kreis: SPD. 30 932 (24 436), UEP. 50 038 (91 431), SPD. 23 567 (—), Dem. 5881 (5742), Dnat. Sp. 19 790 (11 810), Dfch. Soz. 203 (—), Dt. Sp. 11 871 (14 711), Wirtfch. Bg. 5831 (3629), 3. 4651 (4301).
4. Kreis: SPD. 33 631 (25 893), UEP. 32 327 (60 484), SPD. 15 338 (—), Dem. 8810 (8476), Dnat. Sp. 24 788 (14 531), Dfch. Soz. 185 (—), Dt. Sp. 15 786 (17 854), Wirtfch. Bg. 6501 (5188), 3. 5100 (5148).
5. Kreis: SPD. 30 560 (25 155), UEP. 39 500 (74 891), SPD. 19 860 (—), Dem. 7058 (6655), Dnat. Sp. 21 777 (12 247), Dfch. Soz. 285 (—), Dt. Sp. 14 488 (17 350), Wirtfch. Bg. 7719 (5076), 3. 5793 (6333).
6. Kreis: SPD. 43 398 (32 775), UEP. 34 324 (64 600), SPD. 17 235 (—), Dem. 12 862 (9278), Dnat. Sp. 32 725 (18 453), Dfch. Soz. 206 (—), Dt. Sp. 27 743 (30 047), Wirtfch. Bg. 8368 (7179), 3. 6448 (6775).
7. Kreis (Charlottenburg): SPD. 21 510 (20 487), UEP. 16 215 (40 932), SPD. 6771 (—), Dem. 15 071 (15 011), Dnat. Sp. 24 159 (19 862), Dfch. Soz. 1496 (—), Dt. Sp. 25 826 (30 231), Wirtfch. Bg. 6849 (7833), 3. 4571 (5513).
8. Kreis (Spandau): SPD. 11 607 (8509), UEP. 6253 (11 983), SPD. 2664 (—), Dem. 3555 (3314), Dnat. Sp. 10 044\* (6579), Dfch. Soz. 4951 (—), Dt. Sp. 0000 (5957), Wirtfch. Bg. 0000 (—), 3. 1955 (1886).
9. Kreis (Wilmerdorf): SPD. 9208 (7318), UEP. 4103 (9958), SPD. 1800 (—), Dem. 9463 (7616), Dnat. Sp. 20 763 (10 478), Dfch. Soz. 1140 (—), Dt. Sp. 17 403 (15 625), Wirtfch. Bg. 2758 (1750), 3. 2116 (1861).
10. Kreis: SPD. 20 681 (17 445), UEP. 9981 (23 392), SPD. 4035 (—), Dem. 9592 (8971), Dnat. Sp. 25 723 (16 614), Dfch. Soz. 957 (—), Dt. Sp. 34 476 (34 331), Wirtfch. Bg. 6495 (2588), 3. 3986 (3210).
11. Kreis (Schöneberg): SPD. 17 704 (13 854), UEP. 9417 (19 012), SPD. 4135 (—), Dem. 11 420 (10 461), Dnat. Sp. 27 040 (16 829), Dfch. Soz. 2003 (—), Dt. Sp. 21 590 (21 005), Wirtfch. Bg. 5000 (5581), 3. 4005 (3526).
12. Kreis (Neutölln): SPD. 34 223 (27 547), UEP. 29 129 (56 604), SPD. 17 017 (—), Dem. 5492 (4848), Dnat. Sp. 14 823 (7874), Dfch. Soz. 209 (—), Dt. Sp. 11 594 (12 575), Wirtfch. Bg. 6840 (—), 3. 3244 (3052).
13. Kreis: SPD. 16 301 (14 424), UEP. 12 159 (26 196), SPD. 8429 (—), Dem. 4568 (4565), Dnat. Sp. 3992 (—), Dfch. Soz. 5 (—), Dt. Sp. 12 150 (8786), Wirtfch. Bg. 3767 (9103), 3. 2001 (1909).
14. Kreis: SPD. 11 955 (13 563), UEP. 18 200 (32 682), SPD. 9700 (—), Dem. 3909 (3178), Dnat. Sp. 10 494 (5025), Dfch. Soz. 125 (—), Dt. Sp. 11 168 (8770), Wirtfch. Bg. 5904 (4417), 3. 3053 (2812).
15. Kreis (Ergebnis steht noch aus).

## Die Abteilungsergebnisse.

1. Abt.: SPD. 3262, UEP. 2236, SPD. 1086, Dem. 2237, Dnat. Sp. 4946, Dfch. Soz. 18, Dt. Sp. 3899, Wirtfch. Bg. 1035, 3. 1106.
2. Abt.: SPD. 1779, UEP. 962, SPD. 405, Dem. 867, Dnat. Sp. 2931, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 2636, Wirtfch. Bg. 432, 3. 532.
3. Abt.: SPD. 4244, UEP. 3119, SPD. 1288, Dem. 2402, Dnat. Sp. 4799, Dfch. Soz. 47, Dt. Sp. 3426, Wirtfch. Bg. 1411, 3. 1141.
4. Abt.: SPD. 2641, UEP. 2312, SPD. 1294, Dem. 1549, Dnat. Sp. 2353, Dfch. Soz. 35, Dt. Sp. 1898, Wirtfch. Bg. 852, 3. 501.
5. Abt.: SPD. 3262, UEP. 2232, SPD. 1086, Dem. 2237, Dnat. Sp. 4946, Dfch. Soz. 18, Dt. Sp. 3899, Wirtfch. Bg. 1035, 3. 1106.

durchgeführt, deren Grundzüge ich in dazu angepaßter Form für unsere Hochschulen dringend empfehlen möchte:

1. sollen die üblichen mündlichen Prüfungen durch schriftliche Prüfungen ersetzt werden, die unter streng überwachter Klausur stattfinden.
2. erhalten die Arbeiten Nummern statt Namensunterschrift, damit die Prüfung ganz objektiv wird.
3. sollen mehrere nicht allzu beschränkte Themata den Geprüften zur Wahl angeboten werden. Darüber sollen sie in aller Ruhe ihre Ansicht und ihre Kenntnisse äußern. Diese Themata dürfen nicht aus reinen Zahlen und Sachausdrücken bestehen, sondern müssen vor allem auf die Urteilsfähigkeit der Geprüften schließen lassen. Sachausdrücke und Zahlen gehören in die Bücher der Bibliothek, nicht ins Gehirn des Lernenden.
4. Eine Prüfungskommission soll aus vielleicht drei weitblickenden, tüchtigen, nicht veralteten Experten (nicht aus aktiven Professoren) und zwei Studenten oder von dem Studentenkollegium bezeichneter, kürzlich absolvierten Ärzten gebildet werden. Diese Kommission soll die eingereichten Arbeiten prüfen, ohne die Verfasser zu kennen. Bei den praktischen Prüfungen, Präparaten, Sectionen, Krankenuntersuchungen, Operationen usw., müssen zwar die betreffenden Anatomie- und Klinikvorleser das nötige Prüfungsmaterial liefern, aber auch hier hätte die Expertenkommission nach Nummern und nicht nach den beobachteten Personen zu prüfen und zu entscheiden.

Man darf wohl ein Minimum von Studienjahren fordern, man darf die Studenten „praktizieren“ und dabei ihren Fleiß, ihr Urteils- und ihre Geschäftlichkeit vom Professor beurteilen lassen; aber der Professor darf nicht bei der Prüfung der Entscheidende sein, auch nicht die Fakultät. Man hat heute schon mit trefflichem Erfolg bei gewissen Kinderkuren die Kinder selbst unter sich Recht sprechen lassen. Wieviel mehr sollten bereits erwachsene Studenten selbst bei den Prüfungen beteiligt sein. Sie kennen am besten die Fähigkeiten und den Charakter ihrer Kommilitonen. Die Professoren haben ohnehin als Lehrer ihres Faches genug zu tun.

Endlich muß der verderbliche Fachjargon dadurch ein Riegel vorgestoßen werden, daß für jede neu entdeckte oder sich neubildende Spezialität entsprechende neue bezahlte Kurse ermöglicht werden, sobald sich eine genügende Zahl Zuhörer einschreibt. Um etwaige schwindelhaftige Bestrebungen zu vermeiden, könnte man gewisse Bedingungen stellen, vor allem öffentliche Diskussionen in Gegenwart von Experten fordern und ferner einen nur vorläufigen Berufsgestaltung. Steht sich, nach 3. B. zehn Jahren, das neue Fach als sehr wichtig heraus (z. B. der mit Psychoanalyse verbundene Hypnotismus), so kann es alsdann in den Prüfungen eingeführt werden.

6. Abt.: SPD. 4156, UEP. 5087, SPD. 2509, Dem. 821, Dnat. Sp. 2805, Dfch. Soz. 72, Dt. Sp. 1353, Wirtfch. Bg. 909, 3. 531.
7. Abt.: SPD. 5079, UEP. 4703, SPD. 2307, Dem. 1587, Dnat. Sp. 5145, Dfch. Soz. 44, Dt. Sp. 3855, Wirtfch. Bg. 1304, 3. 775.
8. Abt.: SPD. 6154, UEP. 4708, SPD. 1564, Dem. 4054, Dnat. Sp. 12 010, Dfch. Soz. 69, Dt. Sp. 7551, Wirtfch. Bg. 2044, 3. 1653.
9. Abt.: SPD. 2863, UEP. 2466, SPD. 893, Dem. 728, Dnat. Sp. 3532, Dfch. Soz. 49, Dt. Sp. 2671, Wirtfch. Bg. 775, 3. 634.
10. Abt.: SPD. 2705, UEP. 1689, SPD. 504, Dem. 2919, Dnat. Sp. 5676, Dfch. Soz. 301, Dt. Sp. 4142, Wirtfch. Bg. 997, 3. 626.
11. Abt.: SPD. 3196, UEP. 5456, SPD. 3118, Dem. 569, Dnat. Sp. 1950, Dfch. Soz. 54, Dt. Sp. 1250, Wirtfch. Bg. 786, 3. 1002.
12. Abt.: SPD. 3441, UEP. 3775, SPD. 1704, Dem. 1007, Dnat. Sp. 4255, Dfch. Soz. 65, Dt. Sp. 2993, Wirtfch. Bg. 1223, 3. 886.
13. Abt.: SPD. 3507, UEP. 5119, SPD. 2624, Dem. 473, Dnat. Sp. 1996, Dfch. Soz. 8, Dt. Sp. 826, Wirtfch. Bg. 458, 3. 581.
14. Abt.: SPD. 3391, UEP. 4298, SPD. 2215, Dem. 545, Dnat. Sp. 2674, Dfch. Soz. 19, Dt. Sp. 993, Wirtfch. Bg. 679, 3. 745.
15. Abt.: SPD. 3278, UEP. 4687, SPD. 2213, Dem. 594, Dnat. Sp. 2389, Dfch. Soz. 19, Dt. Sp. 1342, Wirtfch. Bg. 686, 3. 758.
16. Abt.: SPD. 3304, UEP. 5384, SPD. 1940, Dem. 709, Dnat. Sp. 1588, Dfch. Soz. 18, Dt. Sp. 1881, Wirtfch. Bg. 677, 3. 531.
17. Abt.: SPD. 3398, UEP. 5167, SPD. 2653, Dem. 764, Dnat. Sp. 2277, Dfch. Soz. 49, Dt. Sp. 1358, Wirtfch. Bg. 605, 3. 378.
18. Abt.: SPD. 2441, UEP. 5128, SPD. 2496, Dem. 518, Dnat. Sp. 1475, Dfch. Soz. 23, Dt. Sp. 793, Wirtfch. Bg. 518, 3. 279.
19. Abt.: SPD. 2326, UEP. 4429, SPD. 2456, Dem. 504, Dnat. Sp. 1942, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 615, Wirtfch. Bg. 419, 3. 239.
20. Abt.: SPD. 3552, UEP. 8025, SPD. 3649, Dem. 594, Dnat. Sp. 1760, Dfch. Soz. 15, Dt. Sp. 1287, Wirtfch. Bg. 916, 3. 385.
21. Abt.: SPD. 3090, UEP. 3741, SPD. 1769, Dem. 637, Dnat. Sp. 1554, Dfch. Soz. 25, Dt. Sp. 1603, Wirtfch. Bg. 459, 3. 326.
22. Abt.: SPD. 2652, UEP. 4260, SPD. 1952, Dem. 548, Dnat. Sp. 2135, Dfch. Soz. 14, Dt. Sp. 1173, Wirtfch. Bg. 414, 3. 329.
23. Abt.: SPD. 4771, UEP. 3999, SPD. 2131, Dem. 1624, Dnat. Sp. 3653, Dfch. Soz. 19, Dt. Sp. 1901, Wirtfch. Bg. 1051, 3. 607.
24. Abt.: SPD. 3270, UEP. 5915, SPD. 2016, Dem. 1956, Dnat. Sp. 4972, Dfch. Soz. 56, Dt. Sp. 3340, Wirtfch. Bg. 1232, 3. 776.
25. Abt.: SPD. 2193, UEP. 1829, SPD. 926, Dem. 894, Dnat. Sp. 2307, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 1269, Wirtfch. Bg. 625, 3. 617.
26. Abt.: SPD. 3779, UEP. 4131, SPD. 1758, Dem. 705, Dnat. Sp. 2339, Dfch. Soz. 21, Dt. Sp. 1622, Wirtfch. Bg. 700, 3. 541.
27. Abt.: SPD. 4168, UEP. 3940, SPD. 1836, Dem. 1109, Dnat. Sp. 3334, Dfch. Soz. 40, Dt. Sp. 2023, Wirtfch. Bg. 910, 3. 781.
28. Abt.: SPD. 5032, UEP. 5424, SPD. 2282, Dem. 951, Dnat. Sp. 3244, Dfch. Soz. 6, Dt. Sp. 2132, Wirtfch. Bg. 1085, 3. 695.
29. Abt.: SPD. 4172, UEP. 4575, SPD. 2007, Dem. 796, Dnat. Sp. 2612, Dfch. Soz. 17, Dt. Sp. 1918, Wirtfch. Bg. 822, 3. 645.
30. Abt.: SPD. 4296, UEP. 4514, SPD. 2332, Dem. 806, Dnat. Sp. 2327, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 1576, Wirtfch. Bg. 76, 3. 438.
31. Abt.: SPD. 5335, UEP. 7147, SPD. 4031, Dem. 1233, Dnat. Sp. 3658, Dfch. Soz. 49, Dt. Sp. 2708, Wirtfch. Bg. 1847, 3. 1272.
32. Abt.: SPD. 4623, UEP. 4607, SPD. 2269, Dem. 949, Dnat. Sp. 2304, Dfch. Soz. 31, Dt. Sp. 2098, Wirtfch. Bg. 692, 3. 482.
33. Abt.: SPD. 4124, UEP. 5745, SPD. 1875, Dem. 890, Dnat. Sp. 2642, Dfch. Soz. 16, Dt. Sp. 1807, Wirtfch. Bg. 840, 3. 140.
34. Abt.: SPD. 4109, UEP. 5454, SPD. 3063, Dem. 808, Dnat. Sp. 2593, Dfch. Soz. 10, Dt. Sp. 1701, Wirtfch. Bg. 992, 3. 560.
35. Abt.: SPD. 3636, UEP. 5109, SPD. 2759, Dem. 920, Dnat. Sp. 2946, Dfch. Soz. 45, Dt. Sp. 1903, Wirtfch. Bg. 1064, 3. 705.
36. Abt.: SPD. 2142, UEP. 3404, SPD. 2132, Dem. 311, Dnat. Sp. 1357, Dfch. Soz. 16, Dt. Sp. 702, Wirtfch. Bg. 474, 3. 451.
37. Abt.: SPD. 6591, UEP. 8034, SPD. 3770, Dem. 1947, Dnat. Sp. 5777, Dfch. Soz. 118, Dt. Sp. 3569, Wirtfch. Bg. 1810, 3. 1388.
38. Abt.: SPD. 2654, UEP. 1811, SPD. 673, Dem. 1600, Dnat. Sp. 4832, Dfch. Soz. 26, Dt. Sp. 3525, Wirtfch. Bg. 966, 3. 793.
39. Abt.: SPD. 4698, UEP. 2387, SPD. 1050, Dem. 1575, Dnat. Sp. 5525, Dfch. Soz. 44, Dt. Sp. 3972, Wirtfch. Bg. 981, 3. 888.
40. Abt.: SPD. 4668, UEP. 2583, SPD. 694, Dem. 797, Dnat. Sp. 3406, Dfch. Soz. 32, Dt. Sp. 1942, Wirtfch. Bg. 764, 3. 757.
41. Abt.: SPD. 5275, UEP. 2457, SPD. 766, Dem. 1491, Dnat. Sp. 4975, Dfch. Soz. 17, Dt. Sp. 3989, Wirtfch. Bg. 1008, 3. 712.
42. Abt.: SPD. 5407, UEP. 4201, SPD. 1338, Dem. 1460, Dnat. Sp. 2439, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 2700, Wirtfch. Bg. 999, 3. 600.
43. Abt.: SPD. 4448, UEP. 4276, SPD. 2420, Dem. 960, Dnat. Sp. 2234, Dfch. Soz. 9, Dt. Sp. 1862, Wirtfch. Bg. 831, 3. 561.
44. Abt.: SPD. 3487, UEP. 4539, SPD. 3124, Dem. 590, Dnat. Sp. 1721, Dfch. Soz. 4, Dt. Sp. 1659, Wirtfch. Bg. 534, 3. 984.
45. Abt.: SPD. 4519, UEP. 3997, SPD. 2543, Dem. 1085, Dnat. Sp. 2935, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 2474, Wirtfch. Bg. 826, 3. 913.
46. Abt.: SPD. 3621, UEP. 2953, SPD. 1238, Dem. 1271, Dnat. Sp. 3075, Dfch. Soz. 19, Dt. Sp. 2552, Wirtfch. Bg. 935, 3. 482.
47. bis 58. Abt. (Charlottenburg): SPD. 21 510, UEP. 16 215, SPD. 6771, Dt. Dem. 15 071, Dnat. Sp. 24 159, Dfch. Soz. 1496, Dt. Sp. 25 826, Wirtfch. Bg. 6840, 3. 4571, Dfch. Soz. 1496, 59. bis 66. Abt. (Spandau): SPD. 11 607, UEP. 6253, SPD. 2664, Dem. 3555, Dfch. Soz. 4951, Freie Bg. (Dnat., Dt. Sp. u. Wirtfch. Bg.) 10 044, 3. 1955.
- 67.—73. Abt. (Wilmerdorf): SPD. 9208, UEP. 4103, SPD. 1800, Dem. 9463, Dnat. Sp. 20 736, Dfch. Soz. 1140, Dt. Sp. 17 403, Wirtfch. Bg. 2758, 3. 2116.
74. Abt. (Zehlendorf-Nikolasee): SPD. 1700, UEP. 854, SPD. 356, Dem. 833, Dnat. Sp. 2590, Dfch. Soz. 8, Dt. Sp. 4152, Wirtfch. Bg. 732, 3. 233.
75. Abt. (Banansee): SPD. 354, UEP. 253, SPD. 26, Dem. 88, Dnat. Sp. 716, Dfch. Soz. 1, Dt. Sp. 562, Wirtfch. Bg. 51, 3. 33.
76. Abt. (Dahlem): SPD. 371, UEP. 111, SPD. 46, Dem. 292, Dnat. Sp. 1080, Dfch. Soz. 13, Dt. Sp. 933, Wirtfch. Bg. 61, 3. 37.
77. Abt. (Schöneberg): SPD. 4513, UEP. 2141, SPD. 918,

- Dem. 5404, Dnat. Sp. 8896, Dfch. Soz. 466, Dt. Sp. 5929, Wirtfch. Bg. 1487, 3. 1399.
78. Abt. (Schöneberg): SPD. 4239, UEP. 2598, SPD. 1277, Dem. 2132, Dnat. Sp. 5111, Dfch. Soz. 576, Dt. Sp. 3636, Wirtfch. Bg. 1134, 3. 936.
79. Abt. (Schöneberg): SPD. 4766, UEP. 2590, SPD. 1120, Dem. 832, Dnat. Sp. 2708, Dfch. Soz. 237, Dt. Sp. 2104, Wirtfch. Bg. 798, 3. 792.
80. Abt. (Schöneberg): SPD. 1754, UEP. 539, SPD. 212, Dem. 1112, Dnat. Sp. 3618, Dfch. Soz. 369, Dt. Sp. 2712, Wirtfch. Bg. 496, 3. 256.
81. Abt. (Friedenau): SPD. 2632, UEP. 1549, SPD. 626, Dem. 1840, Dnat. Sp. 6707, Dfch. Soz. 353, Dt. Sp. 7209, Wirtfch. Bg. 1085, 3. 622.
82. Abt. (Steglitz): SPD. 7245, UEP. 4594, SPD. 1323, Dem. 4186, Dnat. 9996, Dfch. Soz. 582, Dt. Sp. 14 392, Wirtfch. Bg. 1968, 3. 1584.
83. Abt. (Nichterfelde): SPD. 3533, UEP. 1991, SPD. 867, Dem. 1449, Dnat. Sp. 5626, Dfch. Soz. 197, Dt. Sp. 6963, Wirtfch. Bg. 1760, 3. 609.
84. Abt. (Bantow): SPD. 1299, UEP. 596, SPD. 437, Dem. 389, Dnat. Sp. 1076, Dfch. Soz. 9, Dt. Sp. 1802, Wirtfch. Bg. 226, 3. 146.
85. Abt. (Tempelhof): SPD. 3620, UEP. 1981, SPD. 1098, Dem. 1627, Dnat. Sp. 2806, Dfch. Soz. 137, Dt. Sp. 3865, Wirtfch. Bg. 821, 3. 729.
86. Abt. (Marienhorst): SPD. 1885, UEP. 1917, SPD. 633, Dem. 449, Dnat. Sp. 820, Dfch. Soz. 10, Dt. Sp. 1032, Wirtfch. Bg. 656, 3. 182.
87. Abt. (Marienfelde): SPD. 277, UEP. 385, SPD. 111, Dem. 129, Dnat. Sp. 225, Dt. Sp. 266, Wirtfch. Bg. 78, 3. 397.
88. Abt. (Nichtenrade): SPD. 397, UEP. 299, SPD. 138, Dem. 150, Dnat. Sp. 493, Dt. Sp. 459, Wirtfch. Bg. 142, 3. 36.
- 89.—100. Abt. (Neutölln, Brix, Rudow): SPD. 34 223, UEP. 29 129, SPD. 17 017, Dem. 5492, Dnat. Sp. 14 823, Dfch. Soz. 209, Dt. Sp. 11 594, Wirtfch. Bg. 6840, 3. 3244.
101. Abt. (Treptow): 2500 SPD. 1837 UEP. 769 SPD. 730 Dem. 1445 Dnat. Sp. 5 Dfch. Soz. 1735 Dt. Sp. 475 Wirtfch. Bg. 202 3.
102. Abt. (Baumschulenweg): 1374 SPD., 1262 UEP., 438 SPD., 467 Dem., 705 Dnat. Sp., 1154 Dt. Sp., 350 Wirtfch. Bg., 121 3.
103. Abt. (Oberschöneweide): 1902 SPD., 1931 UEP., 1821 SPD., 533 Dem., 707 Dnat. Sp., 734 Dt. Sp., 557 Wirtfch. Bg., 747 3.
104. Abt. (Niederhörsing): 1276 SPD., 676 UEP., 509 SPD., 429 Dem., 342 Dnat. Sp., 649 Dt. Sp., 232 Wirtfch. Bg., 137 3.
105. Abt. (Waldersdorf): 1239 SPD., 1409 UEP., 987 SPD., 493 Dem., 480 Dnat. Sp., 1006 Dt. Sp., 128 Wirtfch. Bg., 111 3.
106. Abt. (Johannisthal): 625 SPD., 576 UEP., 270 SPD., 168 Dem., 352 Dnat. Sp., 432 Dt. Sp., 134 Wirtfch. Bg., 43 3.
107. Abt. (Mitte-Glien): 601 SPD., 482 UEP., 255 SPD., 206 Dem., 311 Dnat. Sp., 358 Dt. Sp., 109 Wirtfch. Bg., 12 3.
108. Abt. (Köpenick): SPD. 3681, UEP. 2274, SPD. 2192, Dem. 709, Dnat. Sp. 1079, Dt. Sp. 3180, Wirtfch. Bg. 883, 3. 401.
109. Abt. (Friedrichshagen): SPD. 1812, UEP. 933, SPD. 984, Dem. 499, Dnat. Sp. 2310, Dt. Sp. 1124, Wirtfch. Bg. 17, 3. 175.
110. Abt. (Grünau): SPD. 551, UEP. 190, SPD. 91, Dem. 103, Dnat. Sp. 513, Dfch. Soz. 4, Dt. Sp. 241, Wirtfch. Bg. 163, 3. 21.
111. Abt. (Bohnsdorf): SPD. 319, UEP. 416, SPD. 79, Dem. 13, Dnat. Sp. 135, Dt. Sp. 118, Wirtfch. Bg. 12, 3. 6.
112. Abt. (Rahnsdorf): SPD. 306, UEP. 158, SPD. 128, Dem. 185, Dnat. Sp. 613, Dt. Sp. 4, Wirtfch. Bg. 4, 3. 25.
113. Abt. (Schmöden): SPD. 105, UEP. 15, SPD. 6, Dem. 12, Dt. Sp. 365, Wirtfch. Bg. 3.
114. Abt. (Nichtenberg): 2681 SPD., 2956 UEP., 1686 SPD., 497 Dem., 1095 Dnat. Sp., 16 Dfch. Soz., 1364 Dt. Sp., 639 Wirtfch. Bg. 571 3.
115. Abt. (Nichtenberg): 2627 SPD., 4340 UEP., 2345 SPD., 604 Dem., 1120 Dnat. Sp., 8 Dfch. Soz., 1202 Dt. Sp., 872 Wirtfch. Bg., 567 3.
116. Abt. (Nichtenberg): 2107 SPD., 1716 UEP., 968 SPD., 490 Dem., 1112 Dnat. Sp., 31 Dfch. Soz., 1535 Dt. Sp., 486 Wirtfch. Bg., 302 3.
117. Abt. (Nichtenberg): 1943 SPD., 2575 UEP., 1016 SPD., 368 Dem., 873 Dnat. Sp., 14 Dfch. Soz., 1133 Dt. Sp., 645 Wirtfch. Bg., 254 3.
118. Abt. (Nichtenberg): 2336 SPD., 2548 UEP., 1040 SPD., 518 Dem., 1402 Dnat. Sp., 52 Dfch. Soz., 1633 Dt. Sp., 622 Wirtfch. Bg., 433 3.
119. Abt. (Nichtenberg): 1435 SPD., 2136 UEP., 913 SPD., 364 Dem., 1109 Dnat. Sp., 23 Dfch. Soz., 1246 Dt. Sp., 567 Wirtfch. Bg., 517 3.
120. Abt. (Friedrichsfelde): 783 SPD., 763 UEP., 815 SPD., 149 Dem., 716 Dnat. Sp., 401 Dt. Sp., 471 Wirtfch. Bg., 137 3.
121. Abt. (Karlshorst): 1276 SPD., 584 UEP., 354 SPD., 571 Dem., 1713 Dnat. Sp., 11 Dfch. Soz., 1908 Dt. Sp., 781 Wirtfch. Bg., 316 3.
122. Abt. (Wiesdorf): 472 SPD., 412 UEP., 140 SPD., 123 Dem., 516 Dnat. Sp., 238 Dt. Sp., 137 Wirtfch. Bg., 50 3.
123. Abt. (Krausdorff): 503 SPD., 196 UEP., 132 SPD., 24 Dem., 340 Dnat. Sp., 202 Dt. Sp., 219 Wirtfch. Bg., 18 3.
- 123a. Abt. (Krausdorff Süd): 140 SPD., 29 UEP., 57 SPD., 5 Dem., 22 Dnat. Sp., 31 Dt. Sp., 11 3.
124. Abt. (Waldersdorf): 654 SPD., 279 UEP., 289 SPD., 187 Dem., 600 Dnat. Sp., 338 Dt. Sp., 518 Wirtfch. Bg., 86 3.
125. Abt. (Weißensee): SPD. 2432, UEP. 4492, SPD. 1568, Dem. 559, Dnat. Sp. 2676, Dt. Sp. 2616, Wirtfch. Bg. 931, 3. 802.
128. bis 130. Abt. (Pantow): SPD. 1748, UEP. 3779, SPD. 2171, Dem. 1933, Dnat. Sp. 4753, Dfch. Soz. 6, Dt. Sp. 4986, Wirtfch. Bg. 1456, 3. 666.
131. Abt. (Niederhörsing): SPD. 1748, UEP. 1825, SPD. 514, Dem. 710, Dnat. Sp. 2037, Dfch. Soz. 28, Dt. Sp. 1690, Wirtfch. Bg. 930, 3. 242.
132. Abt. (Bantow): SPD. 204, UEP. 107, SPD. 40, Dem. 46, Dnat. Sp. 109, Dt. Sp. 168, Wirtfch. Bg. 15, 3. 12.
134. Abt. (Buck): SPD. 545, UEP. 550, SPD. 475, Dem. 269, Dnat. Sp. 554, Dfch. Soz. 2, Dt. Sp. 279, Wirtfch. Bg. 18, 3. 96.
135. Abt. (Korow): SPD. 123, UEP. 60, SPD. 18, Dem. 31, Dnat. Sp. 116, Dt. Sp. 162, Wirtfch. Bg. 3, 3. 7.
136. Abt. (Reinickendorf-Ost): SPD. 2393, UEP. 2591, SPD. 1923, Dem. 429, Dnat. Sp. 1236, Dt. Sp. 1772, Wirtfch. Bg. 944, 3. 568.
137. Abt. (Reinickendorf-West): SPD. 1098, UEP. 1938, SPD. 1200, Dem. 218, Dnat. Sp. 433, Dt. Sp. 804, Wirtfch. Bg. 304, 3. 161.
138. Abt. (Hermsdorf): SPD. 596, UEP. 449, SPD. 265, Dem. 194, Dnat. Sp. 770, Dt. Sp.

